

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Ausgaben. Es ist Publikationsorgan der gemeinsamen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ der Arbeiterbewegung. Schriftleitung: Dr. G. W. Müllerstraße 6. Druckerei: „Volksblatt“, Halle, Markt 1. Vertriebsstellen: Halle, Markt 1. Preis: 15 Pfennig. Abonnement: 1,20 Mark monatlich. Postamt: Halle, Markt 1. Postfach 100. Abonnement: 1,20 Mark monatlich. Postamt: Halle, Markt 1. Postfach 100.

Verlagspreis monatlich 1,20 und 0,30 Mark Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 Mark. Bei Abholer wöchentlich 0,45 Mark. Postbestellung 2,25 Mark. Bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 Mark. — Einzelheftpreis 15 Pfennig und 80 Pfennig im Restanteil der Wochenausgaben. Hauptvertriebsstelle: Dr. Müllerstraße 6, Halle, Markt 1. Postfach 100. Abonnement: 1,20 Mark monatlich. Postamt: Halle, Markt 1. Postfach 100.

Die unmögliche „nationale Konzentration“ Bayern fest gegen den Nazikurs Diesen Kampf unterstützt die große Mehrheit Deutschlands

Der Bundesauschuss der Bayerischen Volkspartei hat auch am Sonntag nachmittag gegen die Regierung Papen-Schleicher Stellung genommen. Aus den auf der Tagung gefassten Entschlüssen ist zu entnehmen, daß die überwiegende Mehrheit des bayerischen Volkes nicht daran denkt, den von Papen eingeschlagenen SM- und Nazikurs irgendwie zu unterstützen. Es ist selbstverständlich, daß die überwältigende Mehrheit Deutschlands den Kampf gegen die Papen-Schleicher-Regierung von Nazi-Gründen mit aller Kraft unterstützt. Man beschloß in München, die Schutzwehr „Bayernmacht“ kräftig auszubauen. Das Uniformverbot für die SM in Bayern wurde gebilligt, man beharrt die einschneidenden unzulässigen Bestimmungen der neuen Notverordnung und will bei der Reichsregierung deren Abänderung fordern; zuletzt wurde begrüßt, daß Bayern die Übertragung der Straßenrede im Rundfunk abgelehnt hat.

Auch die niederträchtigen und gemeinften Beschimpfungen durch die Nazis haben die Bayerische Volkspartei nicht zum Nachgeben veranlassen können. Diese Unnachgiebigkeit wird auch von weiten bayerischen Kreisen unterstützt, die nicht zur Bayerischen Volkspartei gehören.

Die feste Haltung gegen die Nazis kommt auch in einer neuen Stellungnahme der parteiamtlichen Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei zum Ausdruck, die aus Anlaß der Tagung am Sonntag u. a. lautet:

Die Umstände, unter denen wenige Wochen nach der Wiederwahl Hindenburgs der Sturz der Regierung Brüning erfolgte, müssen die schwere Sorge aufkommen lassen, daß damit die Reichspolitik eine Richtung eingeschlagen habe, die dem Sinn des Volkswortums vom 10. April nicht mehr entspreche. Das neue Kabinett bezeichne sich als Willkür und Unrecht als eine Regierung der Konzentration der nationalen Kräfte. Ihr Merkmal sei ihre bewußte Abhängigkeit gegenüber der Nationalsozialistischen Partei. Damit sei ihre angebliche Aufgabe, die staatsgerichtlichen Institute des revolutionären Nationalsozialismus zu bändigen, von Anfang an in Frage gestellt. Die Auflösung des Reichstags

und die Befreiung des SM-Verbotes seien Folgen der Bindung der neuen Reichsregierung an die Nationalsozialistische Partei. So sei die neue Reichsregierung eine getarnte nationalsozialistische Regierung. Deshalb könnten sich die Nationalsozialisten auch der Verantwortung für die Maßnahmen dieser Regierung nicht entziehen. Das gelte auch für die drückenden Belastungen, die die erste Notverordnung des Kabinetts Papen gerade den breiten und ärmlichen Volksschichten auferlegt habe. Einem Reichskabinett, das zum Scheitern nach nationalsozialistischen Maßstäben verurteilt werde, könne die Bayerische Volkspartei keine Unterstützung gewähren. Darum sei ihre Haltung zur Regierung Papen die der sachlichen Opposition. Die Bayerische Volkspartei bestreite Mäßigkeit und Neutralität des Reichstags im Augenblick. Schwerester außenpolitischer, finanzieller und wirtschaftlicher Gefahren für eine Sünde an deutschen Werte.

Außenpolitisch sehe das deutsche Volk in einer solchen Geschlossenheit da, eine Volkspartei, die die neue Reichsregierung dem gekürzten Reichspräsidenten Dr. Brüning zu verbanken habe, dessen Verdienst es auch sei, wenn Deutschland heute in Ruinen eine Lage befindet, die nicht ganz hoffnungslos für die deutschen Interessen sei.

Die Stellungnahme, die wir im Auszug wiedergeben, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie enthält auch eine Antwort an den Reichspräsidenten, der am Sonntagabend aus Karlsruhe im Rundfunk sprach und meinte, daß die „Regierung vom Volke (1) mit seiner Vertretung betruht“ sei und daß „der Volkspartei“ — den doch er und die Nazis entsetzt haben — „mit Rücksicht auf die Außenpolitik mit Wichtigkeit“ geführt werden müsse. Mit Recht hat die Bayerische Volkspartei korrespondenz, daß der ganze Volkspartei nicht nötig gewesen wäre.

Kampf unbedingt vermieden werden müsse, hat die Haltung der leitenden Persönlichkeiten der Wehrmacht in den letzten Monaten ganz besonders bekräftigt.

Am 10. Juni nach ich mich gegen Ihre Auffassung wenden, als habe ein Eingriff der Wehrmacht in die Politik tatsächlich stattgefunden.

Sie beweisen das nicht, aber Sie legen es Ihren weiteren Ausführungen zugrunde. Nach Ihrer Auffassung hat sich die militärische Macht zur Übernahme der politischen Verantwortung gedrängt, sie hat sich an die Seite der Nationalsozialisten gestellt, und sie hat sich auf die Bildung des heutigen Kabinetts „eingelassen“. Die Armeeführung sei als ein Instrument des Klassenkampfes von oben.

Diese Auffassung ist vollkommen falsch. Durch welche Leistungen, durch welche Bemühen könnten Sie es belegen, daß die Wehrmacht in den politischen Kampf eingegriffen habe? Nach dem Ausschreiben weiterer Minister aus dem Kabinett Brüning und nach dem Gesamtergebnis dieses Kabinetts hat der Herr Reichspräsident die neue Reichsregierung nach seinen verfassungsmäßigen Berechtigungen ernannt, und es ist eine Beileidigung für seine Person, ihm zu unterstellen, daß er sich bei diesen ganzen Vorgängen von etwas anderem hätte leiten lassen, als von seiner eigenen Beurteilung der politischen Lage und seinem eigenen Gewissen. Falsch ist auch die Behauptung, in meinem Aufruf an die Reichswehr werde die „an die Seite der Nationalsozialisten gestellt“. Oder wollen Sie, unter den heutigen geistigen und physischen Verhältnissen unterer Völker, welche die unerschütterliche Grundlage der Bundesverteidigung bilden“, nur die Nationalsozialisten verstehen?

Die Reichswehr steht zu der jetzigen Reichsregierung in keinem anderen Verhältnis als zu jeder gleichmäßigen Regierung des Deutschen Reiches, nämlich dem ihres Schutzes, aber unpolitischen und überparteilichen Politikmittels. Die Wehrmacht hat sich weder zur Übernahme der politischen Verantwortung gedrängt, noch hat sie die politische Verantwortung übernommen.

Jch trete Ihre Behauptung ab, daß die Macht der Dajonette allein als Grundlage einer Regierung nicht ausreicht.

Einer Regierung, deren Vertrauensgrundlage im Volk dauernd abnimmt, deren parlamentarische Basis mit den tatsächlichen Verhältnissen im Volk nicht mehr übereinstimmt, würde auch die Verfügung über die Wehrmacht nichts nützen. Eine dauerhafte und produktive Regierung ist vielmehr nur möglich, wenn sie sich nicht gegen die Stimmungen wendet, welche die Massen des Volkes erfüllen, sondern wenn sie es versteht, sich aus den lebendigen und zukunftswollen Kräften des Volkes eine breite Vertrauensgrundlage zu schaffen. Diese Erwägungen sind zu zwingend, daß sie allein genügen, um den Regierungswechsel, der sich jetzt in Deutschland vollzogen hat, zu begründen, und daß man zu seiner Erklärung nicht einen Eingriff der Wehrmacht in die Politik annehmen braucht, der nie stattgefunden hat.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Lesern des „Vorwärts“ von dieser Antwort Kenntnis geben würden und bin mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
Ihr sehr ergebener
(ge-) von Schleicher.

Der Mann, der im Kabinett Brüning nicht Minister werden wollte Schleicher ergreift das Wort Ein Verteidigungs- und Rechtfertigungsversuch des Ministers

Der „Vorwärts“ veröffentlicht am 20. Juni einen hochinteressanten Briefwechsel, der zwischen dem Reichswehrminister von Schleicher und dem seiner demokratischen Abgeordneten Anton Erlenz stattgefunden hat. Erlenz hat vor längerer Zeit den Schritt zur Sozialdemokratischen Partei getan, weil er erkannt hat, daß nur in ihren Reihen ein wirklicher Kampf gegen den herrschenden Nationalsozialismus möglich ist. Lieber die politischen Konsequenzen des Briefwechsels dürfte noch zu sprechen sein. Aber heute schon sei festzustellen, daß es doch sehr auffallend war, daß Herr von Schleicher es abwichte, Reichswehrminister im Kabinett Brüning zu werden. Warum wohl? Er muß doch seine Gründe gehabt haben, als er bereit war, im Kabinett Papen das Amt des Reichswehrministers zu übernehmen.

Der Briefwechsel lautet:

Der Reichswehrminister.
Berlin 20. 10. den 18. Juni 1932.
Röntgen-Augusta-Strasse 38-42.

Sehr geehrter Herr Erlenz!

Sie haben im „Vorwärts“ vom 14. 6. 32 einen Artikel „Glaube und Arme“ erscheinen lassen, zu dem ich im Interesse der Gleichheit Stellung nehmen muß. Meine Antwort wird mir durch die maßvolle Form Ihrer Darstellungen erleichtert, die wohnend von der Masse desjenigen abtut, was jetzt allgemein während des Wahlkampfes geschrieben wird.

Sie begreifen Ihren Artikel folgendermaßen: „Wer über den Ernst der politischen Lage in Deutschland ... nachdachte, kam stets an einen Punkt, an dem es schwer wurde, abends aus Karlsruhe im Rundfunk sprach und meinte, daß die „Regierung vom Volke (1) mit seiner Vertretung betruht“ sei und daß „der Volkspartei“ — den doch er und die Nazis entsetzt haben — „mit Rücksicht auf die Außenpolitik mit Wichtigkeit“ geführt werden müsse. Mit Recht hat die Bayerische Volkspartei korrespondenz, daß der ganze Volkspartei nicht nötig gewesen wäre.“

Sie beginnen Ihren Artikel folgendermaßen: „Wer über den Ernst der politischen Lage in Deutschland ... nachdachte, kam stets an einen Punkt, an dem es schwer wurde, abends aus Karlsruhe im Rundfunk sprach und meinte, daß die „Regierung vom Volke (1) mit seiner Vertretung betruht“ sei und daß „der Volkspartei“ — den doch er und die Nazis entsetzt haben — „mit Rücksicht auf die Außenpolitik mit Wichtigkeit“ geführt werden müsse. Mit Recht hat die Bayerische Volkspartei korrespondenz, daß der ganze Volkspartei nicht nötig gewesen wäre.“

Erklärung antwortet

Auf diesen Brief des Reichswehrministers von Schleicher antwortete unter Minister, Genosse Anton Erlenz, mit folgenden Ausführungen:

18. Juni 1932.
Herrn Reichsminister von Schleicher,
Berlin

Sehr geehrter Herr Minister,

Ihren Widerspruch gegen meinen Aufruf im „Vorwärts“ begrüße ich, weil eine Klarstellung der strittigen Punkte von größtem nationalpolitischen und außenpolitischen Interesse ist. Deshalb bin ich Ihnen für Ihren Brief sehr verbunden.

Die hauptsächlichsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Ihnen und meinen Darlegungen ist die: ich gebe davon aus, daß ein Eingriff der Wehrmacht in die Politik bereits stattgefunden hat, während Sie die politischen Vorgänge der letzten Wochen so erklären, daß sie zur Verhinderung eines unerwünschten Eingriffs der Wehrmacht in die Politik geführt seien. Diese Meinungsverschiedenheit beruht auf einem der wichtigsten Kernpunkte der Lage.

Sie bemängeln es, daß ich für meine Auffassung keine Beweise gegeben hätte. Ich bestritte keineswegs, daß Sie über

Am Mittwoch wieder Landtagsführung

Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Preussischen Landtags am Mittwoch, 22. Juni, steht an erster Stelle die Beratung der nationalsozialistischen, kommunistischen und deutschnationalen Anträge auf Verabschiedung eines politischen Amnestiegesetzes.

Ferner enthält die Tagesordnung neben der endgültigen Wahl des Landtagspräsidenten und der Wahl des Ministerpräsidenten zahlreiche Anträge der deutschnationalen und der kommunistischen Fraktion, über die eine gemeinsame Beratung stattfinden soll.

die Vorgänge, die zu dem letzten Regierungswechsel geführt haben, genauer unterrichten müssen, als ich es sein kann. Was ich weiß, ist nicht mehr als das, was jeder aufmerksamste Politiker wissen muß.

Der Sachverhalt ist, so gesehen, folgender:
1. Die Krise beginnt mit dem Herbst der 24. Das Verbot wird erlassen von einem Reichsminister des Innern, der seit Jahren Reichsminister war, der ein alter Soldat und Offizier ist, der in entscheidenden Stunden deutscher Geschichte entscheidende Aufgaben erfüllt hat. Von ihm ist aber zu viel als zu wenig Berücksichtigung des militärischen Gesichtspunktes, des Bewusstseins, zu erwarten. Trotzdem: er erlöst das Verbot. Er wird nach einigen Tagen veranlaßt, seinen Abschied als Reichsminister zu nehmen.

2. Dem Herrn Reichspräsidenten wird eine Klärungsbefugnis überreicht, die ein großes Verbot des Reichsbanners nachdrücklicher soll. Es wird seit Wochen in der Presse ununterbrochen behauptet, daß ein Teil dieser Klären die Klärung des Reichsbanners anerkennen müßte, daß dieses weder militärisch, noch politisch, noch organisch mit den SA-Formationen verknüpft werden kann.

3. Nachdem die Reichsminister zurück, erlassen Sie einen Erlass an die Wehrmacht, der unter den gegebenen Umständen nur als eine besondere Annäherung an die Nationalsozialisten gebildet werden kann. Sie wollen dem in Ihrem Kopf herrschenden Satz diese Deutung nicht geben wollen. Es erhebt sich außerordentlich wichtig, wenn gerade dieser Punkt geklärt werden könnte.

4. Meine Deutung dieses Satzes wird noch unterfritten durch die allgemeine Erklärung der Reichsregierung, die nach Ihrem Verbot an die Reichswehr veröffentlicht wurde. Diese Erklärung unterfritt sofort und fundamental das System des Reichspräsidenten. Die Presse der ganzen Welt hat das mit feiner Genauigkeit festgehalten.

Sie, Herr Minister, sind Mitglied dieser Regierung!
Es wäre zur Zeit kein Reichsminister denkbar, der so ausgesprochen die Krone vertritt wie Sie. Es spricht vieles dafür, daß dieses Kabinett mit Dr. Brüning ist. Was man auch zu dem „Systemwechsel“ stehen mag, sein Ziel ist eine Umgestaltung der Machtverhältnisse im Volke, im Staat, in der Verwaltung, die glauben gar, in der Staatsform. Ich bin zu sehr davon überzeugt, daß die Republik, die Demokratie und das Parlament die für Deutschlands Zukunft einzig mögliche Form der Regierung sind, als daß ich diesem Systemwechsel eine Einzelgüterbedeutung beilegen möchte. Umgekehrt befinde ich mich:

es wäre für die Wehrmacht verhängnisvoll, wenn sie den Millionen Republikaner als Träger eines Systemwechsels erscheinen möchte, der heftigen Will, würde mit ein Leben lang vor und in der Republik gekämpft haben.

Eine parteipolitische Bewegung kann sich ein „erwartetes Ziel“ setzen. Die Wehrmacht muß jeden Schritt vorwärts, der sie für einen solchen Systemwechsel mitverantwortlich sein könnte. Der Gedanke, daß sie im Volke zur Wehrmacht mit den Millionen Republikanern in festem engem Verhältnis stehen muß, erscheint mir als unentbehrliche Grundlage jeder gefundenen Wehrpolitik.

Von dem Herrn Reichspräsidenten habe ich in meinem Auftrag nicht gesprochen. Nach den ungeschriebenen Gewohnheiten der Demokratie hat man sich in erster Linie auseinanderzusetzen mit

den verantwortlichen Ministern. Der Reichspräsident als höchster Vertreter der Volksherrschaft genießt nicht die Unantastbarkeit, und letztlich interessiert auch er der Öffentlichkeit und der parlamentarischen Kritik.
Nicht ohne ein tiefes Bedauern, daß jede Regierung „für aus dem Lebens- und zuntunsozialen Kräfte des Volkes ein breites Vertrauenstrugbrücke schaffen“ muß. In der Gegenwart ist dieser Ausdruck diebstaltig.

Nicht alles, was laut und erregt antritt, ist „lebendig und zukunftswert“.

Der Politiker darf hier nicht das Opfer von Schichten werden, die durch Not und Demagogie aufgereizt sind. Die Republikaner sind immer noch ungenügend gerechnet, mehr als die Hälfte des deutschen Volkes. Sie vertreten Ideen, die sich immerhin schon seit tausend Jahren in den größten Staaten bewährt haben. Sie vertreten Ideen, aus denen letztlich auch jede moderne Wehrmacht entstehen ist. Schließlich waren Stein, der Politiker, ein U-Bootsbauherr, der Soldat, doch Männer einer nationalen Auffassung.

Nach so tiefer Arbeit der Überzeugung, daß in erster Linie die Republikaner die „lebendigen und zuntunsozialen Kräfte der Nation“ sind.

Ihrer dankenswerten Anregung, den Herrn des „Korrespondenz“ für Ihren Antwort Kenntnis zu geben, bin ich gern entgegenkommend. Ich bin Ihren Brief zugleich mit meiner Zustimmung der Redaktion des „Vorwärts“ übermitteln habe.

Ergebenst
Ihr
geg. Anton Erbelev.

Sozialdemokratischer Sieg in Hessen

Nazis keine Mehrheit - Schwere Rückgang der Kommunisten und Seidewitz

Die Neuwahl zum Hessischen Landtag, die gestern nach einem überaus heftigen und von den Nationalsozialisten mit allen Mitteln der Demagogie geführten Kampf vor sich ging, hat der Hitler-Partei die von ihr erwartete absolute Mehrheit nicht gebracht. Die Hitlerianer haben zwar auch ihre im November erhaltenen Stimmen noch um einige Prozent zu vermehren vermocht, jedoch sind ihnen von den 70 zu vergebenden Mandaten statt der erwarteten 36 Sitze nur 32 zugefallen. 54,2 Prozent der hessischen Wähler haben den Nationalisten auch diesmal die Gefolgshaft verweigert.

Erfreulich und bemerkenswert hat die SPD in Hessen abgefeimtet. Sie behauptete nicht nur ihre Stimmkraft vom November 1931, sondern erhielt noch weitere rund 5000 Stimmen und steigerte ihre Mandatskraft von 15 auf 17 Sitze. Kautzsch hat sich dagegen die Kommunisten geschnitten. Sie verloren rund 25 000 Stimmen und behielten von ihren bisherigen 10 Mandaten nur 7. Die Partei der Spalter um Seidewitz und Rosenfeld, die auch diesmal mit der SPD marschierte, verlor nicht weniger als 90 Prozent der im November aufgetragenen Stimmen, indem sie von 28 000 auf rund 11 000 Stimmen zurückging.

Nachdem Kautzsch auf die Verluste der Nationalen Einheitsliste, hinter der sich sämtliche Splitter der Mitte, wie

Wirtschaftspartei, Landvolk- und Staatspartei verstanden. Diese Parteien gingen von 47 445 Stimmen, die sie insgesamt im November erhalten hatten, um fast die Hälfte auf 24 675 Stimmen zurück. Das bedeutet einen Rückgang der Mandate von 5 auf 2. Wahrscheinlich werden diese Mandate ein Volksparteiler und ein Angehöriger des Landvolks erhalten.

Amliche Ergebnis der Landtagswahl

SPD: 172 550 (168 101), 17 (15) Mandate; Zentrum 108 603 (112 244), 10 (10); KPD: 82 061 (106 790), 7 (10); NSDAP: 11 697 (23 108), 1 (2); W. V. V. 11 267 (10 857), 1 (1); W. V. V. 328 288 (291 183), 32 (27); Hessische Demokraten 4930 (4613), 0 (0); Nationale Einheitsliste 24 675 (47 545).

Die Frage der Regierungsbildung ist in Hessen durch das Ergebnis der gestrigen Wahlen nicht einfacher, sondern noch komplizierter geworden. Eine stabile Mehrheit ist nur zu bilden durch das Zusammenwirken von Nationalsozialisten und Zentrum, deren gemeinsames Verhältnis heute schlechter ist denn je. Andererseits würden für den Fall, daß die zwei Abgeordneten der Einheitsliste sich mit den Deutschnationalen auf die Seite der Nazis schlagen sollten, 35 Mandaten der Nazis und bürgerlichen Mitte die gleiche Zahl von Mandaten der übrigen Parteien gegenüberstehen.

Papen spricht französisch . . .

Wie hätten die „Nationalen“ getobt, wenn das Brüning getan hätte!

Herr von Papen hat in Paris eine auffallend gute Presse. Man ist dort angenehm davon berührt, daß er seine Rede so wohl in der Reichsregierung erlöst, daß er sich nicht einzumischen erlaubt, daß er sich nicht in die Angelegenheiten des Reichspräsidenten (bezugnehmend) Man findet seine Rede maßvoll. (Das war sie auch, verglichen mit der energischeren Sprache Dr. Brüning's und Hermann Müllers.) Und die offizielle Götter-Ängstlichkeit seine „Witterkeit“ und seinen „Verständnislosigkeit“ in der Konferenz erweisen ganz allgemein sehr befriedigt hätten.

Sehr schön: wir freuen uns über diese günstige Aufnahme, daß sie nicht auf Kosten der deutschen Interessen geht. Aber wir verlangen vom deutschen Reichskanzler, besonders wenn er im Ausland auftritt, Witterkeit nicht nur gegenüber Frankreich, sondern auch gegenüber dem eigenen Volk. Diese hat er getrieben durch seine Diskriminierung zwischen den von ihm „zusammengesetzten“ angeblich „lebendigen, aufbauwilligen Kräften“ und den anderen bitter vermissen lassen.

Herr von Geyl aber, der Reichsinnenminister des „neuen Systems“, der ja „strenge Objektivität“ verpöndet, hat, sollte nicht zögern, den Braunschweig gegenüber nach diesem proklamierten Grundbuch zu verfahren . . .

Lügenangriff vor Gericht

Genoffe Weis stellt Straf Antrag

Der „Angriff“ hat kürzlich seinen Lesern das Lügenmärchen vorgelegt: Genoffe Weis hätte in vertriebenem Freile angeführt, die Sozialdemokratische Partei werde nach Aufhebung des SA-Verbots schwere Schlägerereien provozieren mit dem Ziel, auf solche Weise die Reichstagswahlen zu verhindern oder hinauszuschieben. Die Sozialdemokratie will diese Schlägerereien provozieren und sie will keine Wahlen verhindern. Vielmehr will der „Angriff“ für die vorausgehenden Ausführungen der SA eine Generalausrede präparieren, indem er dem sozialdemokratischen Parteivorstand eine Meißelung in den Mund legt, die er nie getan hat.

Im tiefen Zathland gerichtlich festzustellen, hat Genoffe Otto Weis durch seinen Rechtsbeistand gegen den „Angriff“ Straf Antrag gestellt.

Länderminister bei Geyl

Besprechung über die innerpolitische Lage

Der Reichsminister des Innern hat heute die Innenminister der Länder zu einer Besprechung über die innerpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung gegen politische Ausweisungen vom 14. Juni 1932 auf Mittwoch, den 22. Juni, eingeladen.

Das Millionendunkel um Devaheim

Am Devaheim-Prozess wurde am Sonnabend die mißbräuchliche Verwendung der großen Auslandsanleihe erörtert. Der Zeuge Rechtsanwalt Wronen-Platz, der Vertrauensmann der amerikanischen Kreditgeber, mußte als Zeuge jede Verantwortung für die Verwendung der Gelder ablehnen. Am weiteren Verlauf der Verhandlung kamen die dunklen Geldgeschäfte des Angeklagten Glatz wieder ausgiebig zur Sprache. Eine Klärung konnte nicht erzielt werden.

Nazis und Kanzler

Ein unteilbares Ganzes

Dr. Heinrich Brüning hat zum ersten Male seit seiner förmlichen Ausrufung durch den Reichspräsidenten öffentlich in Mainz das Wort ergriffen. Der frühere Reichskanzler war höchlich bemüht, sich in der Polemik gegen seinen Nachfolger zu betheiligen.

Vieles von dem, was er auf dem Herzen hatte, sprach er nicht offen aus, sondern nur andeutungsweise, zwischen den Zeilen. Er hat der nachgelassenen Vernehmung vorberaten, auf dem System „Deutsch und Französisch“ einzugehen, sondern nur durchdringen lassen, welche ungenügende Erschütterung er vor drei Wochen durchgemacht hat, als er zum alten Essen gewogen wurde. Inbrünstig erhebt man aus seinem Munde, daß, trotz aller offiziellen Demütis, das Wort vom „Siedlungssozialismus“ in der historischen Wehrschöpfung doch gefallen sein muß; denn sonst hätte er sich gewiß nicht veranlaßt gefühlt, sich öffentlich gegen diesen Ausdruck zu vermahnen. Bei aller berechtigten Zurückhaltung, die sich Dr. Brüning auferlegt und die ihn nur dort, wo es indessen dringender notwendig, daß er in den kommenden Wochen noch mehr aus sich heraussetzt und den offiziellen Schreier, der die Geschichte und die Vorgänge des „Systems“ wechelt, noch umgibt, etwas mehr kühlet.

Innerhalb hat Dr. Brüning klar gesagt, zu erkennen gegeben, daß er seine Partei entschlossen find, den neuen Kurs zu befestigen. Er hat in bürren Worten dem Kabinett von Papen Geheimdienstigkeiten vorgenommen und damit auf die unangenehm Vorwürfe hingewiesen, die die neue Reichsregierung in ihrer Erklärung gegen ihre Vorgänger erhoben hatte. Und wenn er auch den Gedanken fern von sich wies, dem Reichskanzler von Papen mitten während der außerpolitischen Verhandlungen vorzuziehen, daß er die Mehrheit des deutschen Volkes nicht hinter sich habe, so lag dennoch in der Erwähnung dieser Frage schon die indirekte Feststellung, daß Papen diese Mehrheit nicht vertritt.

Solange Brüning mit dem Ausland verhandelt, war die Rechte demnach, ihn vor der Welt mit der Behauptung zu diskreditieren; daß er kein Recht habe, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Aber Brüning hatte bis zuletzt eine klare Reichstagsmehrheit, besonders in der Außenpolitik, hinter sich. Wer mag, das selbe von dem Kabinett der Barone zu behaupten? Wen vertritt dieses eigentlich überhaupt?

Alle bisherigen Taten der Reichsregierung beweisen einseitig, daß sie von der Oberhand der Nationalsozialisten abhängig ist. Sie verneint ihre Existenz überhaupt nur der Nazi-Bewegung, und es ist ganz folgerichtig, wenn Dr. Goebbels in einem vertraulichen Rundschreiben an die Nazi-Funktionäre jede Diskussion über das Kabinett von Papen untersagt. Es ist weiter durchaus möglich, daß der sonst so rebehrische Adolf Hitler sich bisher über diesen Raubzug an den Arbeitslosen, Rentnern, Invaliden und Kriegsgenossen ausgesprochen hat und

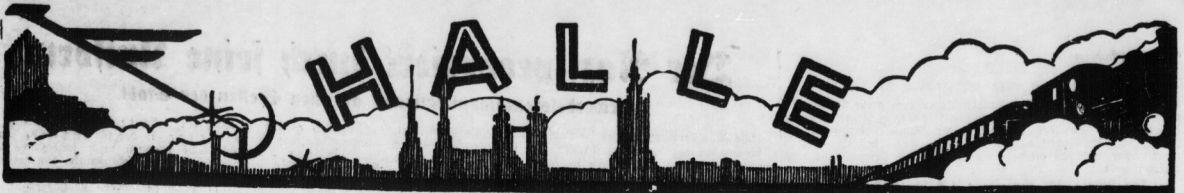
daß Dr. Goebbels zur Feier der SA-Notverordnung Häuserbesetzung anordnet; ein Verbot, den nur ganz wenige seiner Berliner Anhänger bisher befolgt haben, offenbar, weil sie keine katastrophale Geheimdienstigkeiten fest empfinden. Denn im Hauptteil des Reiches haben die Junger-Notverordnung und die SA-Notverordnung ein unteilbares Ganzes. Jeder weiß, daß die Freigabe der SA und ihrer neuen englischen Uniformen ein Bestandteil eines Paktes sind, der noch vor dem Sturz Brüning's hinter den Kulissen in der Vorderreihe mit Hitler abgeschlossen und der bei der Bildung der Junger-Regierung in der Wilhelmstraße betätigt wurde.

Deshalb wurselt immer tiefer und tiefer in der Überzeugung des deutschen Volkes die Erkenntnis, daß die Regierung Papen-Schleicher und die Nazi-Partei ebenfalls ein unteilbares Ganzes bilden.

Anheimeln hören wir von gut unterrichteter Seite, daß die im Ausland gegenüber der Regierung Papen eifrig bemüht ist, ihre nationalsozialistischen Geburtshelfer zu verlegen, sich von ihnen zu distanzieren, so, sogar sich als den einzigen sicheren Damm gegen das „Dritte Reich“ zu empfehlen. In Berlin werden die Befehle Hitlers prompt ausgeführt, in Laufanne dagegen rückt man in den vertraulichen Gesprächen mit den fremden Staatsmännern entfernt von ihm ab und man verfährt, daß man eigentlich nur die Politik Brüning's getreulich fortsetzen werde. Nicht zuletzt dieser Betuerungen soll Papen seine auffallend gute Presse in Paris verdienen.

Deutsche Delegation zeigt endlich Reichsfarben

Genf, 18. Juni. (Eigenbericht.) Die Bekanntheit der deutschen Journalisten bei der deutschen Delegation in Lausanne wegen des Reichsfarbens der Reichsfarben am Hotel Savoy, dem Sitz der deutschen Delegation, haben Erfolg gehabt. Jetzt gehen zwei schwarzgoldene Banner vom Hotel Savoy.



Das System

Wie es sich im Hirn eines Nazifänglings widerspiegelt.

Die Gegner der demokratischen Republik haben ihren Kampf auf die Formel gebracht: Das System ist schuld. Für alles, was die Menschen bedrückt, wird das „System“ verantwortlich gemacht. Und die große Masse, zum Denken in wirtschaftlichen und politischen Fragen gar nicht oder nur mangelhaft erzogen, fällt auf diese Parole herein und plappert sie gebannt nach.

Wie emfänglich solche Menschen bei der Betrachtung wirtschaftlicher und politischer Dinge sind, beweist eine Gerichtsverhandlung, über die der „Vossischen Zeitung“ aus Niederschlesien berichtet wird. Die geschilderte Szene im Gerichtssaal eines kleinen niederschlesischen Landgerichts spielte sich folgendermaßen ab:

Angeklagter ist ein 24jähriger Nationalsozialist, der vor der Einberufungswahl einen Reichsbannermann im Gefecht getötet hat; nur weil dieser Einberufungsflugblätter verteilen wollte. Zwischen dem Angeklagten und dem Vorsitzenden entspannt sich folgendes Gespräch:

Vorsitzender: „Wie kommen Sie denn eigentlich dazu, gleich auf den Reichsbannermann einzuschlagen? Er hat doch weiter nichts getan, als Flugblätter für den jetzigen Herrn Reichspräsidenten verteilt!“

Angeklagter: „Au ja — wenn man 13 Jahre lang gezeichnet wird!“

Vorsitzender: „Von wem denn? — Etwa von dem Flugblattverteiler?“

Angeklagter: „Nein, vom System!“ (Gelächter im Zuschauerraum, sogar der Herr Verteidiger muß lächeln.)

Vorsitzender: „Aber vor 13 Jahren waren Sie ja erst 9 Jahre alt. Sind Sie da auch schon gezeichnet worden?“

Angeklagter: „Natürlich, ich mußte stetig in der Wirtschaft mitarbeiten!“ (Er ist Karo-Wirtschaftler.)

Vorsitzender: „Aber das mußten doch die jungen Leute in der Vorkriegszeit auch! Das hat doch nichts mit „System“ zu tun! Das ist doch keine Knechtschaft! Deswegen schlägt man doch nicht einen fremden Menschen ins Gesicht?“

Der Angeklagte murmelt unverständliche Worte, reißt die Hände zusammen und fährt halb zu den Zuschauern geradelt, ein lautes „Heil Hitler“ in den Gerichtssaal. Darauf erhält er eine kleine Ordnungstrafe — er war außerdem noch in voller Kriegsbewertung vom Gericht erschienen — und quittiert einen erneuten Verweis mit dem bei vielen Nationalsozialisten schon stereotyp gememorierten Ausspruch: „Na, das wird ja bald anders werden!“ Der Vorsitzende — ich weiß zufällig, daß er Mitglied der deutschnationalen Volkspartei ist — schneidet resigniert den Kopf und fährt in der Verhandlung fort.

Man irrt, wenn man diesen Vorgang als Einzelfall betrachtet. Nein, er ist typisch für die meisten Menschen, die heute auf Adolf Hitler schwören und an seine Verprechungen glauben. Für sie wird es eine schwere Enttäuschung sein, wenn sie eines Tages erfahren, daß es unter dem „System“ trotz mancher Verschönernisse, die auch dieses System in einer Weltwirtschaftskrise nicht zu befechtigen vermochte, immerhin sich noch besser leben ließ, als im Dritten Reich.

SPD., Ortsverein Halle

In dieser Woche finden folgende Ortsbezirksversammlungen statt:

4. Ortsbezirk: Montag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal von Max Klappe, Gartenbergstraße.

7. Ortsbezirk: Donnerstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Jagdloch“.

In beiden Versammlungen spricht Arbeitersekretär Genosse E. Müller über Wirtschafts- und politische Fragen.

Alle Genossinnen und Genossen werden um pünktliches Erscheinen ersucht.

Frauen, es geht auch um Euer Schicksal! Kämpft mit den Männern um ein besseres Los!

Wir stehen vor einem der schwersten Wahlkämpfe, die es auszukämpfen werden. In einem solchen Kampfe müssen alle verfügbaren Kräfte mobilisiert werden. Nach die Frauen müssen diesmal stärker als je in den Wahlkampf eingestiegen werden. Daß die hallischen sozialistischen Frauen gewillt sind, in den Reihen der Eisernen Front im kommenden Wahlkampf für die Erhaltung der demokratischen Grundrechte und für den Sozialismus Seite an Seite mit den Männern zu streiten, das zeigte eine am Sonnabend im „Volkspark“ stattgefundene Kundgebung der sozialistischen Frauen, die im Rahmen einer Tagung des Bezirksausschusses der Arbeiterwohlfahrt im Regierungsbezirk Merseburg von der hallischen Ortsgruppe der Arbeiterwohlfahrt

geleitet. Allen, die das behaupten, müsse immer wieder entgegengehalten werden, daß die SPD. im Reich und in Preußen zahlenmäßig noch nie die Macht gehabt hat. Weiter müsse man aufpassen: Zuvor in die SPD. in der Weimarer Zeit, hat sie es verstanden, ihren Einfluß zu ausdehnen, doch nur in Deutschland eine Reihe sozialer Geleise erhalten haben, die den Forderungen der breiten Masse weit entgegengekommen sind.

In den Kämpfen der ersten Notverordnung der Regierung haben die breiten Massen gesehen, wie sie noch zu verlieren hatten und wieviel sie auch heute noch verlieren haben.

Regens Meinung vom jetzigen „Wohlfahrts“- mit dem Schicksal gemacht werden müsse, hat gezeigt, wo der Kurs der Regierung hingeht. Dieser „Wohlfahrtsstaat“, von dem Papen behauptet, daß die moralischen und physischen Kräfte des deutschen Volkes unter-

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Kriegsbeschädigte, Rentner und Arbeitslose!

Heraus zum Massenprotest!

gegen die Hunger-Notverordnung der Regierung der sozialen und politischen Reaktion am Dienstag, dem 21. Juni 1932, 20 Uhr, im „Volkspark“

Redner: Reichstagsabgeordneter Peters, Halle (Saale)
Walter Röber, Magdeburg (Vauleiter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten)
Erscheint in Massen!

ADGB., Afa, ADB., Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Zentralverband d. Arbeitsinvaliden, Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, SPD., Arbeiter-Sport-Kartell.

und der sozialdemokratischen Frauengruppe veranstaltet wurde. Hunderte von Genossinnen aus dem Bezirk waren zu dieser Kundgebung erschienen, um einem Vortrag der Leiterin der sozialdemokratischen Frauengruppe Deutschlands, der Reichstagsabgeordneten Marie Juchacz, zu lauschen. Die schmissigen Reden der Reichsbannerkapelle gaben der Kundgebung von vornherein den Charakter einer Kampfundgebung. Nach einem Prolog und Begrüßungsworten der Vertreterinnen der Arbeiterwohlfahrt und der Frauengruppe nahm Genossin Juchacz das Wort.

Frauen in der Eisernen Front

Marie Juchacz fennschmeute auswärts in großen Zügen die Situation des Kapitalismus und der Arbeiterklasse. Wir befinden uns, so führte sie aus, in einer Epoche, da der Kapitalismus seinen Höhepunkt überschritten hat und sich in einer schweren Krisenperiode befindet. Eine Epoche des organisierten Großkapitalismus scheint sich anbahnen zu wollen. Weite Kreise der kleinbürgerlichen Schichten, die das Opfer dieser kapitalistischen Entwicklung sind, finden wie schon heute, da sie kein Klassenbewußtsein haben, in einer Partei, die den Kapitalismus verteidigt. Der kapitalistischen Front steht die Front der fliehenden Kräfte der Arbeiterklasse gegenüber. Das Klassenbewußtsein, das die Arbeiterklasse erst organisierbar macht, hat sie zu einer ganz neuen Menschenfront geschaffen, hat sie zum Kollektivgedanken und zum Solidaritätsgedanken durch die Tat erzogen. Der neueste Ausdruck dieses Klassenbewußtseins, der durch die gegenwärtige Krise seine besondere Prägung erhielt, ist die Eisernen Front.

Genossin Juchacz wandte sich dann der weiterbreiteten Meinung zu, die SPD. habe verlernt, sie habe die Macht gehabt und sie nicht

habte, es gerade gewesen, der diese Kräfte bisher erhalten hat. Die Klassenfront zwischen dem Reich und den geschäftsführenden Regierungen in Preußen und Bayern seien aber, daß auch für Herrn Papen das Regieren nicht so ganz einfach ist. Er hat die republikanischen Kräfte unterdrückt.

Diese Regierung der Barone, in der zum erstenmal seit 1918 kein Arbeitervertreter ist, wäre nie zustande gekommen, wenn sie nicht von der sogenannten „Arbeiterpartei“ des Herrn Hilfer gestützt wurde. Vielleicht wird die Geschichte noch einmal nachweisen, daß sogar schriftliche Abmachungen zwischen Hilfer und der Regierung in Bayern bestanden. Ueber den Charakter dieser „Arbeiterpartei“ braucht heute kein Wort mehr verloren zu werden. Hilfer hat, obwohl er proletarischer Herkunft ist, sich nie zur Arbeiterklasse gehalten. Er ist ein Epochen- und Abenteuerläufer. Und vor diesem Mann stehen heute sogar Brünnen strömend. Wie wohl hat es eine größere Bonzenpartei gegeben als die Nazi-partei, die so große Worte gegen das „Bongentum der SPD.“ jagt. Man hätte es nicht für möglich, daß Leute, die Hilfer in seinem großartigen Privatleben und in seiner Luxuslimousine sehen, daran noch zweifeln können. Man kann sich kaum vorstellen, daß Leute einer Partei nachlaufen, die für ihren Bonzenapparat monatlich Millionen aufwendet. Daß sie das tun, ist ja schließlich kein Wunder, wenn man weiß, woher diese „Subventionen“ kommen. Vielleicht wird auch hier einmal die Geschichte den Nachweis erbringen, daß die Mitglieder dieser Partei sogar gewisse Kräfte in Aktion und in der politischen Urkunde in Deutschland ein gewisses Interesse hatten. Man weiß von dieser Partei schon genug, wenn man sich die Leute ansieht, die sie mit der Behauptung der Interessen ihrer Mitglieder betraut. Renner, der, Stillschreiber und Betrüger sind da keine Seltenheit. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn der Staatspartei Weber einmal sagte, daß der bewusste politische Werd erst durch die nationalsozialistische Bewegung an die Tages-



Das ist etwas anderes,

allerdings.

Das ist nicht eine Neuschöpfung, wie solche Ihnen in dieser Preislage langsam bekannt sind.

Hier haben Sie nicht irgendeine 3 1/3 Pfg.-Zigarette, hier haben Sie eine Bulgaria zu 3 1/3, also die wundervollen bulgarischen Edel-Tabake in einer Preislage, in der man so etwas nicht kannte.

BULGARIA SPORT

die 3 1/3 der Bulgaria mit Sport-Photos
6 Zigaretten 20 Pfg.

Tragketten zur Krankenversicherung bei der Deutschen Reichsbahn

Die Beförderung von Kranken in Betten verfügt die Deutsche Reichsbahn zur Zeit über 88 Krankeisenbetten, die in 21 Reichsbahnhauptstationen auf 63 Bahnhöfen angelegt sind und im Jahre 1931 in 745 Fällen benutzt wurden. Jedes Tragglied, das demnach im Jahre 1931 8 bis 10mal zur Krankenbeförderung in Anspruch genommen. Im Reichsbahndirektionsbezirk Halle (S.) ist je ein Krankeisenbett auf den Personenbahnhöfen Cottbus, Halleberg bei Zeitz, Halle (S.) und Leipzig (S.) vorhanden. Die Tragketten dienen zur Beförderung von Kranken und sind je eingerichtet, daß der Kranke darin von der Wohnung oder der Unfallstelle abgeholt, ohne Umleitung in einem Eisenbahnwagen abgeholt, in welches das Bett hineingeliegt wird, weiter befördert und auf der Bestimmungsstation vom Fahrgast wieder bis an die neue oder deren Bestimmungsort (Krankenhaus, Klinik, Wohnung usw.) getragen werden kann. Die Betten werden nur in Abteilungen 3. Klasse mit getrennten oder absteigbaren Abteilen eingestellt und in aller Regel, die 3. Klasse führt, befördert. In Wagen mit innerem Zugang oder in 1. und 2. Klasse können sie jedoch nicht befördert werden. Die Tragketten sind sehr leicht gehalten. Wenn für die Beförderung eines Kranken mit Tragkette ein Wagen mit 3. Klasse überlassen wird, so sind für den Kranken zwei ganze Fahrstunden und für jeden in dem Abteil mitfahrenden Begleiter ein ganzer Fahrstunden der betreffenden Zugleistung zum gewöhnlichen Fahrpreis zu lösen.

Aus den Gerichtssälen

Der „eigene“ Unternehmer und der „gute“ Arbeiter

Wer es an eigenen Beibe erfahren hat, was es heißt, arbeiten zu sein, womöglich noch längere Zeit, der läßt sich an den Kopf wenn er hört, daß es ein Unternehmer gibt, da meinten, ihnen gebe es sehr leicht, während es den Arbeitern, selbst wenn sie erwerbslos geworden sind, noch recht gut geht. Solche Unternehmer gibt es nicht allzu viele. Einer von denen, Inhaber eines großen Eisenwarenhandels in Halle, der eines 20 Angelegten beschäftigt, hand hierher Lage der Arbeitszeit, weil er ausgehend dem aus drei Mann bestehenden Angestelltenrat gewählt hat, womit keine natürlich nicht einberufen kann. Es war wegen Geschäftsverfall kurzzeitig im Betrieb vorzuschließen worden, aber der Herr hat doch nicht so viel erspart wie bei den drei Entlassungen. Daß er den gesamten Angestelltenrat gewählt hat, das annehmend eine besondere Bewandnis, die erst in einer späteren Verhandlung aufgeklärt werden wird (die Sache wurde vertagt). Aber von Seiten der Gewerkschaftsleiter wurde dem Geschäftsinhaber der Vorwurf gemacht, er habe in unklarer und unklarheit Weise sich in die Angelegenheiten der Beschäftigten, wodurch letztere zu einer ungeliebten Zielvorgabe in der Frage der Arbeitszeit kam. Diese Dinge werden also in der bereits vorhergehenden Sitzung geklärt werden. Für viele wollen wir nur eine kleine Episode festhalten, die sich in der Arbeit ereignete, die hierher gehört und die kennzeichnend ist dafür, wie sich ein Unternehmer die Lage eines Arbeiters ausmalt.

In der fraglichen Sitzung war auch der gefürchtete Angestelltenrat anwesend. In der Auseinandersetzung mit den drei Vertretern der Beschäftigten meinte der Herr: „Ich möchte (auf die Angelegten zeigen) ...“

„Der Herr geht es noch gut, auch wenn sie entlassen sind, sie erhalten dann ihre Unterbringung. Was wird aber mit mir, wenn ich schließend muß? Na, und die zu den Vertretern in ihren großen Betriebsräten.“

Die betrogenen Arbeiter

Ein Nachspiel zur Sittung des Elektrizitätsrates in Gröbers. Mit welchen Epifanigkeiten von Seiten des Unternehmens hat bei Anwesenheitsbesprechungen mit der Arbeiterfront, die im Reichsgericht Halle am vergangenen Montag, Sonntag ist bis Elektrizitätsrat Gröbers vor kurzem eingeleitet worden. Bei den ersten, schon Ende des vergangenen Jahres geführten Besprechungen zwischen Betriebsleitung und Betriebsratung kam, nachdem die Betriebsratung ihre Bestimmungen, die Arbeiterfront hatte, um Entlassungen zu verhindern, eine Vereinbarung zustande, daß die Arbeiterfront loszulassen als Ausfall beim Kurzarbeiterlohn bei der endgültigen Schließung des Betriebs eine Entschädigung von je 40 bis 50 Mk. erhalten solle. Es kamen dabei etwa 30 Arbeiter in Frage. Diese Vereinbarung war mit dem Betriebsleiter und Direktor Zellweger getroffen worden und ist auch in einem Sitzungspraktikum der Betriebsleitung und Betriebsratung unterzeichnet worden. Nachdem nun das Werk endgültig geschlossen worden, hatten die Arbeiter auf die Auszahlung der verprochenen Entschädigung. Es hatten ihre Rechnung aber loszulassen ohne den „Wirt“ gemacht, daß Wirt schickte die Zahlung der Entschädigung ab. Deshalb nur die Klage.

In der Gerichtsverhandlung gab es nun eine „kleine“ Uebersetzung. Der Herr Betriebsleiter, mit dem die Vereinbarung getroffen worden war und der auch in allen anderen Verlesungen sich halten insbesondere in Arbeiterfragen, außerdem hat er nicht so sagen respektive zu vereinbaren hatte. Er sei weder Betriebsratmitglied noch habe er Prokura. Obwohl die Vertretung der Arbeiter, die in Händen des Fabrikarbeitersverbandes lag, erklärte, daß in allen Angelegenheiten der Betriebsratung, welche auf Grund der Beschlüsse der Betriebsratung zustande kommen, der Herr Betriebsleiter eingereicht werden, eventuell eine Schadenersatzklage gegen den Betriebsleiter. Leider konnte erst nach Schluß der Gerichtsverhandlung durch Zeugen und Protokollminderheiten festgestellt werden, daß der Betriebsleiter, als er die Entschädigung verweigert, dies in dem Namen des Betriebsleiters getan hatte.

Diese neue Methode des Unternehmens, Arbeiter auf diese Weise um ihre erworbenen oder verprochenen Rechte zu bringen, kann gar nicht ohne Gefahr verurteilt werden. Solches Verhalten verleiht gegen jeden Begriff von Treu und Glauben. Wer darf sich wohl der Hoffnung hingeben, daß auch der Herr Betriebsleiter solche Mittel zur Bekämpfung des Betriebsrats. Zur Verhandlung war eine ganze Anzahl Arbeiter des früheren Elektrizitätsrates Gröbers erschienen, die über das Verhalten ihres ehemaligen Betriebsleiters erzählten; er empört worden.

Wir werden über den Ausgang der Angelegenheit berichten.

Merseburg

Veröffentlichung: Telefon Nr. 2000

Die Veranstaltungen der Arbeiter-Sportwoche

Gestern fand die erste Veranstaltung der Reichsarbeiter-Sportwoche in Merseburg statt. Die Wasserparadeleitung zeigte auf der Saale ein sportlich-schwimmendes Einzugsgeschehen. Eine große Anzahl von Schwimmern und Schwimmerinnen in Begleitung einiger Boote ihre Sportart. Das Schwimmfest ist eine Ausforderung an alle diejenigen Volksgenossen sein, die heute noch des Schwimmens unhandig sind, dieses Sportart zu lernen. Denn durch solche Unternehmungen noch alle Jahre tausend Menschen am Tod des Ertrinkens zu erlösen. Die Arbeiter-Sportwoche haben es sich zur Pflicht gemacht, hier endlich Abhilfe zu schaffen. Volksgenossen, laßt den Mangel nicht so leicht an euch vorbeigehen. Es waren auch viele Interessenten da und haben sich die Veranstaltung angesehen. Als zweite Veranstaltung findet nun am Montagabend 8 Uhr in der Turnhalle der Merseburger Schule eine öffentliche Sportveranstaltung statt. Hierzu laden wir vor allem die Frauen ein, ganz gleich in welchem Alter sie sind. Es werden keine Sonderveranstaltungen gezeigt. Rein, so wie jede andere Turnstunde durchgeführt wird, soll es gemacht werden. Jeder Frau wird damit gesagt, daß auch sie in der Lage ist, hier mitzumachen. Am Montagabend 8 Uhr wird dann in den Säulen des Gottfriedstrahles ein Konzert vom Volkshor Merseburg abgehalten. In dankenswerter Weise hat sich der Chor für die Reichsarbeiter-Sportwoche zur Verfügung gestellt. Wir können hier schon die Kostüme an, was dieses Konzert für den Ausbau des Chores mit beitragen. Zum Vortrag werden folgende Lieder gebracht: 1. Morgenrot; 2. Völkermord; 3. Mählig im Walde; 4. Da drohen auf jenem Berge; 5. Hab mein Wagen vollgeladen; 6. Das Gänsehirn; 7. Der hübsche Tambour. Im Anschluß an das Konzert geht es dann geschlossen nach dem Theaterplatz. Hier veranstaltet die Ortsgruppe des Reichsbanners eine Sonnenfeier.

Abendabend des Volkshors

Ein wohlgeleitete Konzert bei am Sonntagabend des Volkshor Merseburg (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes). Immer wieder der Beifall auf. Der große Chor des „Neuen Schützenbundes“ war überfüllt. Der heilige Jahresfest entsprechend war ein Programm reichlich (nicht aber leicht) Art zusammengestellt worden, das ungenügend leicht. Vormittag vorstimmliche Lieder wurden einmündlich fröhlich gelungen; der Chor ließ wieder einen guten Tag in den Händen. A-cappella-Lieder im Original vom Felix Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Schöber, W. H. Telemann, Chorbearbeitungen von H. Zieken, Felix Walden und Siegfried Dohs wurden besonders gut gefeiert. „O Taler weit ...“ „Treue Liebe“, „Hohes mein Wagen vollgelade ...“ Die französische Volkswiese „Der hübsche Tambour“ fand in diesem Konzert gelungenen Ausdrucks und betonen Art ungenügend Beifall, so daß der Chor sich zu einer Wiederholung verziehen mußte. Johann Strauß' Konzertwalzer „Wiener Blut“ bildete den Beschluß des Konzerts und war wieder ein Erfolg. Ungeachtet Beifall erging eine Zugabe: einen Ertrinkenden Abgesang. Alles in allem: die Vorstellungen des nachfolgenden Sängers und Sängereines waren einmündlich einmündig. Der Männerchor wäre eine Bestätigung der Sänger, besonders in den höheren Reihen, sehr dienlich, damit er dem Frauenchor in der Mannstärke ebenbürtig wird.

Ein glänzende Uebersetzung waren die beiden Solisten Räte Rite (Geyraud) und Dörflinger. R. Rite (Tenor); beide von Halle. Diese jungen Kräfte boten sehr angenehme Leistungen. Mit Johann Strauß' „Frühlingsstimmen-Walzer“ fand Räte Rite zugleich den rechten Kontakt zum Publikum, so daß sie sich zur Zugabe einer russischen Volkswiese „Die Kachalnik“ verurteilen mußte. Der Tenor, dessen Vortrag besonders durch seine großen Leistungen. Ihre Vortragsfähigkeit fand auf beachtlicher Höhe. Auch die Wahl J. N. Niderbergs vom Stadttheater Halle war ein glänzliches Gelingen. Dieser prächtige Tenor übernahm jedoch keine Mannfälle. Obwohl Oriz und Nachmannoff fanden in ihm einen guten Vortragsarten. Auch eine Zugabe geben. Die Duette beider Solisten fanden großen Beifall. Mit innerer Wärme sangen sie Volkswiesen, von Bruno Seidler Winter bearbeitet. Beide Künstler waren ob ihrer Leistungen die Siebende des Abends.

Sonnenweide der neuen Zeit

Während das Spießbürgerturn in Merseburg auf neue sein Fest zur Verherrlichung des Krieges feierte, während es in historischer Bauartentradition sich über „gödenen Zeit“ erinnerte, denonstrierte die sozialistische Arbeiterfront ihren verkörpertem Zeilen für Frieden und Sozialismus. Die Arbeiterweide war geschlossen, alle an betriebsräthlicher Stärke zur Sonnenweide und dortigen Demonstration nach Mählingen geladen. Die Arbeiterpartei bezeichnen ihre Reichsarbeiter-Sportwoche und der Volkshor hatte am Sonntag ein „Edukativfest“ ein Konzert.

Ein einberaumtes Sonnenweidefest veranstalteten die Arbeiterfreunde Merseburg mit den Arbeitergruppen der Naturfreunde und Arbeiterpartei sowie Arbeiterfreunde aus Halle, insgesamt weit über hundert Kinder im Greppauer Waldchen. Spiel und Tanz leuchtete das Fest am Sonntagabendmorgen ein. Eine weisevolle Stunde brachte der Abend um das Sonnenweidefest. Sozialistische Jugendlieder, einige Rezitationen, eine kurze Ansprache unterhalten die Feste. Das traditionelle Feuerzungen beendete dann die Feste, wobei auf das Ringen mit einem starken Einwand hinterließ.

Für die Nacht waren die Kinder in einem Zeltlager untergebracht. Es wurden am nächsten Tag von ihren Eltern auch dort befestigt. Bis in die frühen Morgenstunden dauerte der Sonntagabend im Kinderzelt. Dann wurden die Zelte abgedreht und abgeerntet ging's. Ein schöner Tag. Eine neue Welt gegen die alte.

Es war einmal ein treuer Diener!

Raum haben wir die 18er überflanden, so treten wieder „Ereignisse“ auf den Plan. Diesmal sind es die feinen Leute, die hier in Merseburg paraderen. Das Merseburger „Epos“ hat natürlich zum Belegern mit den (harmlossten) Zeichen aufgefodert, stellte mit Benutzung fest, daß die Fürstinnen eine ganz feine Gesellschaft gewesen seien. Nur der Hochadel hätte das Offiziersleben gestellt. Da ist es natürlich Genüge für den einfachen Bürger, den Staatsbürger zu Fuß, dieser Wohlstandsummel mit Über mitzumachen. Durchwegs und ergötzt von sozialistischen und neuromantischen Dingen und Gleichzeitigkeiten bezeugt sich die feine Menge vor dem Standquartier und bestaunt jene Staatskrieger, der in der alten, der Mottenfische entnommenen Uniform einberufen. Oh, und was ihm ist! Da geht vor mir ein ganz alter Bapa einher, der mit einem sehr feinen Gesichtsausdruck den ihm sehr unheimlichen Zabel haunelt ihm immer zwischen den Lippen sehr unheimlichen Beifall, der Schenke, der in „Wagen“ fräntlich sich matrikelhaft, das er sich bemüht, daß er Würde demotort muß, dem er

verführt ein altes hohes Arrée... ment! So legt er selbstbewußt die Hüften schiefen nach auswärts, der schon sehr gezeichnete Schenke wird immer wieder gerührt, den Augen ein halber Fieberzitter entlockt. Raletz! Raletz! das Beberzischen an der Bekleidung, die Fußstapfen baumelt auf der Schulter. „Es war einmal ein treuer Diener!“ Seiner Majestät getreuerer „Es war nicht! Herr Ober, noch ein Belles!“ „Das“ „Zagelbrot“ überfließt sich in Rücken und rührenden Annehmlichkeiten. „Sogar der feinsten mit allen mildrührenden Öfen im Salonparade belegte Räder eines Herrn Oberleutnants wird mit selbigem im Maße festgehalten. Es wird ganz rührend erzählt von dem feinen Herrn, dem Wächter des Reumarktes, der vor Königsweide nicht mußte, was er mit feinem feinen Geld anfangen sollte und bestelmenen einmündig einen Kolonialreisenden einen ganzen Waderladen auslaute. Der typische hochberagte und leuchtliche Aristokrat! Die Geschichte des Regimentes wird erzählt, wie es gedrängt wurde von irgendeinem lässlichen Kavalier, wie es dann mal gegen mal in die Fronten geschickt hat, wie es 60 gegen 6000 die Fronten überlagert wurde und dann im Weißröhrigen schneidige Kämpfe in Rumänien ritt. Sentimentaler Ausklang: Der letzte feine Ritter in die Heimat. Beut bis Gott, es war so schön gewesen.

Heute ist alles verordnet in geschäftiger Inszenierung, heute flüßt sogar seine Exzellenz gnädig dem Fieberduper vom Anno dummels auf die Schulter, was er früher hienwidt getan haben würde. Dafür läßt sich dann oben genannter Fieberduper zum Dank für Erstellen und über reaktionäre Ambitionen in Ehre reifen. Beifall erhebt sich der treue Diener von seinem Platz, wenn irgendeiner der Herren Offiziere ihm gnädig zuruft, und reißt die Boden stulmen und launt sich in der Grabe seines Herrn. Alle die Dimmelstöße vom früher sind heute Geige in Wachmeisteruniform, alle Leble, alle Rattenmeisner, alle Bodmut, alle finstrote Präferenz, der Weiß der Kaiserin sind verpfeifen.

Erwerbslosen demonstration auf dem Wochenmarkt

Auf dem Markt kam es am Sonntagabend nach 11 Uhr zu kommunizierten Erwerbslosendemonstrationen. Es hat tatsächlich den Anschein, was aus aus ihren Boden in der Stadtdirektorunterstützung zu erwarten war, daß die Kommunisten ähnliche Zugänge wie in Wollershausen zu integrieren beabsichtigen. Da Demonstrationen beruht befehl, mußte die Polizei die Veranstaltung aufheben, da zu dem auf der Berke auf dem Wochenmarkt dadurch behindert war. Dabei kam es verheerend zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Unter Führung von Pola Polka am Abend kam eine Delegation zum Oberbürgermeister, der sie auch vorles. Die Erwerbslosendemonstration richtete sich vor allem gegen die Verdrängung der Arbeitslosenunterstützung. Die Delegation verhandelte im wesentlichen wegen der Jaungströmung eines kommunizierten Funktionärs in der Gogaf.

Verkehrsunfälle. Ein Verlaufe des gelirigen Tages kam es zu verdrängten Verkehrsunfällen, die jedoch zum Teil leichten Charakter trugen. Auf der Straße zwischen Spengau und Frankleben fuhr ein Motorradfahrer. Die Schuld trägt aufeinander der Fahrer selbst, da er in zu schnellem Tempo fuhr. Drei anderen Kopfverletzungen mußte er ins Krankenhaus nach Merseburg geschafft werden.

Kreis Quersfurt

SWD, Kreis Quersfurt
Es herrscht halten!
Sonntag, den 26. Juni, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal „Zur Sonne“ in Quersfurt ein Kreisfonferenz statt.

SWD, Kreis Ebertsberga

Sonntag, den 3. Juli, vormittags 10 Uhr, in Röllbe Kreisfonferenz.

Alle Ortsvereine sowie die Funktionäre der Eisernen Front müssen auf dieser wichtigen Konferenz teilgenommen sein.

Sozialbeiträge nicht absetzen
Hofsch B. Rayna. Der Landwirt Gerhard L. hat seinen Arbeitern wohl die Versicherungsbeiträge abgesetzt, diese aber nicht abgeführt. Im 915 Mk. ist dadurch die Reichsanleihe gekommen. L. hat mit 60000 Mk. Vermögen ein Gut gepachtet hat, will gebärd über das Gut gekauften sein und kein ganzes Vermögen verloren haben; er ist in größte Not geraten, die ihm die Abführung der Beiträge unmöglich gemacht habe. Das Gericht glaube den Angaben und billige dem Angeklagten mildernde Umstände zu. 900 Mk. Strafstrafe, fünfjährige Zage Gefängnis, werden als angemessene Strafe verhängt.

Mansfeldkreise

Feuergefecht mit Dieben
Schraplau, den 18. Juni.
In der Nacht zum Donnerstag ließ der Nachtwächter der Schraplauer Rathhaus auf seinem Rundgang auf mehrere Personen, die es auf Feldbahnstrecken abgeben hatten. Als er sich ihnen näherte, wurde er mit Schüssen empfangen. Der Wächter erwiderte das Feuer, wodurch die Diebe die Flucht ergriffen. Einer der Täter konnte festgenommen werden.

Unfall

Walsen, 20. Juni.
Am Sonntagabend gegen 21 Uhr ereignete sich in der Dorfstraße des „Klosterberges“ und Schenke ein bedauerlicher Unfall. Der Schloßherrn Willh. Zinke als Radfahrer und der Händler Zerbe in der j. Jun. (Beifall) als Radfahrer haben an der Kreuzung die Straße gefahren. Der Schloßherr Zinke erlitt Verletzungen an Kopf, am rechten Unterarm und am rechten Bein.

Schöne weiße Zähne

Sonntag, 19. Juni. Duden mit einem in der Herrschaft ererbten Schmiedens „Wollershausen“, ebenfalls ein in einem Raucher. Zude 60 Pf. und 80 Pf.

SW. macht eine Spritztour

Wüßter Aberfall einer Daterschutzbehörde auf einen bäuerlichen Turnverein

Im Gasthof „Zum Raststall“ in Herzigsdorf war Tagungsabend des Deutschen Turnvereins. Möglich drangen die Herzigsdorfer Wüßter ein, die dem Ortsrat folgende Petition eingereicht worden waren, und benahmen sich recht vorlaut auf dem Festlande. Deshalb wurden sie hargen auf die Straße gesetzt. Das aber schickte ihren Geist nur noch ein und forderte Rache. Weil sie vielfach aber dazu nicht stark genug waren, rief einer von ihnen die

SW. in Gießen ein, und die Daterschutzbehörde erschienen und „räumten in dem Lokal ein“.

Die Folge hiervon war, daß vor einigen Wochen mehrere der Wüßter wegen Saubersbruchs und Körperverletzung verurteilt worden waren. Jetzt haben die beiden SW. - Leute Friedrich und Kartheis aus Gießen auf den Wüßter in der Eifel-Mann Witte, der aber sehr langsam von Gießen abwehrt ist. Die beiden Angeklagten bestritten, sich strafbar gemacht zu haben. Aber besonders Kartheis' Aussage war recht faßlich. Kartheis hat eine Verletzung von Siegaren und Zigaretten und schließlich noch eine. Da man es auch erachtet an jeder Verurteilung losgelassen sein, um bei seiner Abreise nach Gießen zu kommen. Damit in Einklang zu bringen wurde aber nicht folgendes: Kartheis fuhr mit mehreren Begleitern, von denen mindestens zwei - nämlich Witte und Friedrich - aus SW. - Leute waren; offensichtlich aber auch noch die beiden anderen Begleitern, die nicht ermittelt werden konnten. Das Auto fuhr direkt nach dem Lokal in Herzigsdorf und als die Aktion anderer war, fuhr man wieder um in Richtung Gießen. Die Autofahrt ist nicht von Kartheis dem Chauffeur befohlen worden, der hat sich vielmehr das Geißel in der Gießenerstraße der SPD gefolgt.

Friedrich fuhr aus, man hätte ein Spritztour machen wollen. Sonst war nur, daß diese Spritztour gerade in der Zeit begonnen wurde, als in der „Wilde“, dem Verbotssaal der SPD, das SW. - Überfallkommando angeordnet worden war, das dann auch als solches in Herzigsdorf eingetroffen ist. Die Tür des Gasthauses wurde von den Herren wieder verschlossen. Auf Kartheis' Aufforderung hin wurde sie aber geöffnet, und schließlich drangen alle

die Menschen, die brauchen noch auf das Überfallkommando gewartet hatten, so müchtig zur Tür herein, daß der Wirt sie von innen nicht mehr halten konnte.

Die Wüßterbesucher riefen den erstarrten SW.-Leuten gleich die Namen dieser, die sie verhaften haben wollten, und schon führten diese auf die völlig überforderten Ins.

Der Bergmann Willi Stropfer, der mit seiner Frau kam auf dem Sofa lag, wurde von dem Angeklagten Friedrich übergriffen, so daß das ganze Gesicht eine blaue Fäule war. Außerdem wurde er am Hals und Gesicht gepackt, wobei Friedrich weil man ihn über den Tisch ziehen wollte, daß das Turnvereinsmitglied wurde Stropfer abgerufen. Im Gasthof war Kartheis mit Kartheis' Hilfe in Handgemein geraten, bei dem Stropfer schließlich blutüberströmt zusammenbrach und das Bewußtsein verlor. Eine Woche war er daraufhin arbeitsunfähig. Diese Schicksale war nur deshalb entfallen, weil Stropfer zufällig einen Rechtsanwalt bei sich trug und die SW.-Leute sich schon dadurch bedroht fühlten.

Erst als die Anwälte erschienen, konnte das Lokal geräumt werden. Doch da letzte die Schläger auf der Straße fort.

Drei SW.-Leute verurteilten einen jugendlichen Herzigsdorfer und drangen mit Wankelmut über den Mann hinaus in den Hof eines Herzigsdorfer Einwohners hin.

Als sich die beiden Angeklagten vor Gericht verantworten sollten, taten sie so, als seien sie angegriffen worden und in Notwehr gewesen. Der Staatsanwalt war auch geneigt, den Aussagen der Angeklagten in wesentlichen Punkten Glauben zu schenken, hielt sie nicht für strafwürdig, wohl aber der Körperverletzung und die Verletzung des Eigentums. Kartheis eine Geldstrafe von 40 Mark und gegen Friedrich acht Wochen Gefängnis. Das Gericht ging jedoch über diesen Antrag weit hinaus und verurteilte beide Angeklagte wegen gemeinschaftlichen Saubersbruchs und gefährlicher Körperverletzung zu je 2 Monaten und sechs Wochen Gefängnis. Kartheis eine Geldstrafe von 40 Mark und gegen Friedrich acht Wochen Gefängnis. Das Gericht ging jedoch über diesen Antrag weit hinaus und verurteilte beide Angeklagte wegen gemeinschaftlichen Saubersbruchs und gefährlicher Körperverletzung zu je 2 Monaten und sechs Wochen Gefängnis. Kartheis eine Geldstrafe von 40 Mark und gegen Friedrich acht Wochen Gefängnis. Das Gericht ging jedoch über diesen Antrag weit hinaus und verurteilte beide Angeklagte wegen gemeinschaftlichen Saubersbruchs und gefährlicher Körperverletzung zu je 2 Monaten und sechs Wochen Gefängnis.

Gländerer Aufmarsch des Sportler

Der Reichsarbeitsparitätstag fand bei schönstem Wetter unter großer Anteilnahme der Arbeiterschaft statt. Während am Sonnabend schon Hunderte von Zuschauern den Vorführungen auf der freitraglichen große Aufmerksamkeiten entgegenbrachten, war bei Beginn am Sonntag glänzend. Schon der fastliche Umzug von Personen hinterließ einen gewaltigen Eindruck. Alle Teilnehmer und Beschauber hinterließ einen gewaltigen Eindruck. Alle Teilnehmer der glänzenden Arbeiterschaft.

Kreis Bitterfeld

Ein netter Landwundstabeer

Wir haben heute wieder einmal das zweifelhafte Vernehmen, uns mit dem Führer des Kreisverbandes Bitterfeld beschäftigen zu müssen. Herr R. u. n. a. u. n. b. e. i. t. n. i. c. h. n. ä. m. l. i. c. h. d. i. e. s. e. s. w. e. r. t. e. B. o. r. a. m. p. l. e. r. f. ü. r. d. a. s. „Dritte Reich“, hatte sich am Dienstag vor dem Bitterfelder Amtsgericht wegen Verleumdung verantworten. Der Vorleser, der zu der Gerichtsverhandlung führte, ist folgender: Im März 1932 lag Herr Raumann mit einem Gefinnungsgegenstand in Wartel des Rathauses und sprach freisätzlich dem Wirt zu, daß die Reichsregierung im Rahmen der Weimarer, daß am 10. April sein geistlicher Vorgesetzter Adolf Hitler Reichspräsident werden würde und daß man deshalb das Recht habe, Menschen, deren Charaktere einem nicht gefällig, anzufügen. Der Landwundstabeer sagte die Gedanken in die Tat umzusetzen einem Herrn, der mit einer Dame sich ebenfalls im Wartelraum befand. Der betagte Herr ist kein Jude, sondern hat jedoch, was in der Welt sehr germanische Rasse aus, j. m. m. a. r. z. e. G. a. r. e. Bei diese Charaktere genigte Herrn Raumann, um den anderen Geist als jüdischen Deutschen einzuführen zu beschimpfen.

Schließlich bewarrt er ihn auch noch mit Verdacht. Als der Venorente sich selbstverständlich die Freiheiten verbat, lobte Raumann und holte den Wirt herbei, von dem er forderte, er solle der „Anwalt“ auf den Hof gehen. Der Wirt wurde fortgeführt, dem Hinweis, daß bei ihm jeder anfängliche Menschen verkehren könne, ab. Diese selbstverständliche Haltung des Wirtes gefiel dem Landwundstabeer nicht und er machte sich mit seinen Getreuen von dannen.

Die Sache hatte nun das schon oben erwähnte Nachspiel. Herr Raumann war, wie sich das natürlich von einem Landwundstabeer ergibt, nicht selbst zur Verhandlung erschienen, sondern hatte seinen Rechtsbeistand geschickt. Ob er sich jetzt seiner damaligen Heldentat schämte? Werdwörtlich ist nur, daß der Richter in Bitterfeld seinen Rechtsanwalt anrufen hat, der seine Sache verteidigt, so daß er sich deshalb nach Hause an einen Rechtsanwalt wenden mußte. Zolle hier etwa so etwas Ähnliches wie der bekannte Terrorerlass des Herrn Raumann bei dem Volksentscheid gegen die Preußenregierung vorliegen? Bei der Gerichtsverhandlung kam es zu einem Vergleich, da der Herr Raumann durch seinen Vertreter erklären ließ, daß er sämtliche entstandenen Unkosten des Richters übernehmen werde. Der Richter ging auf das Angebot ein.

Fener auf Grube Leopold

Ein Brand war am Freitag abend mittag auf der Grube Leopold entstanden. Raufen flohen in einem als Arbeitswagen lagernden Stange Schwellen, auf dem mehrere Arbeiter saßen. Der Brand wurde die Gefahr beseitigt. Von einer Zerstörung wurde das Feuer sehr bald gelöscht.

Kreis Wittenberg

Bei der Arbeit abgestürzt

Abgestürzt ist am Freitagmorgen der 19jährige Arbeiter Willi Demianich, der an der Peruvierge Fördergrube mit Rohrlegungsarbeiten beschäftigt war. Der Peruviergegrube ist eine Verletzung des Rückgrates zu, die seine Überführung ins Krankenhaus notwendig machte.

Beendigung des Datersarbeiterstreiks im Mittelbegebiet

Da der Reichsarbeitsminister den vor einigen Tagen in Leipzig gefällten Schlichtungsbefehl, der eine Beendigung der Stöke der Arbeiter bei den Schichtern vorschlag, schlichtig hat, haben die bereits in einem weitest eingetragenen Einverständnis beifolgende, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Minister nahm nur eine formale Beendigung des Streiks vor, und zwar soll die neue Vorgehensregel nicht am 11. Juni, sondern erst am 1. Juli in Kraft treten.

Opfer der Arbeit

Am Oberpostamt der Reichsbahn in der Nähe des Bahnhofs war gestern vormittag der Reichsbahn-Rangiererlehre Hermann Schüller, 20jährig, Große Friedrichstraße 129, beim Auspacken eines Kofferträgers tätig. Er hatte dabei anfangen einen ihm zugehörigen Koffer nicht beachtet, in dem sich ein Messer befand, gegen den Wüßter eines anderen Rangierers gerichtet. Eine Wille gebracht werden konnte, hatte Schüller so schwere Verletzungen davongetragen, daß er bald darauf verstarb.

Wüßter Tod

Der 45 Jahre alte Fritz Thiel aus Reimnitzberg befruchtete sich mit seinen Familienangehörigen am Donnerstag auf einer Wandtour, als er plötzlich von einem schweren Unwohlsein befallen wurde. Man ließ ihn nach Wittenberg in dem dortigen Krankenhaus bringen, wo er fast sechsteilige, daß ein Schlaganfall Thiel Leben ein Ende gesetzt hatte.

Geistesstörungen

Das Juni - Sommerfest der Zeitschriften von Helden in das Überfallkommandogebiet der hiesigen Eisenbahn geführt. Bei dem Zurückgehen des Wüßter machte sich bei den Helden eine starke Ermüdung bemerkbar, die jetzt von einer Katastrophe gefolgt hat. Auf einer großen Strecke treiben die roten Helden in Dauen auf dem Schienenwege der Welle zu, andere liegen auf dem verfallenen gewordenen Übergeleise und dienen den Straßen und Raubwegen zum Strafe. Den Verursachern ist hierdurch schwerer Schaden entstanden.

Kreis Jorgau

Jorgau (Stadt)

Wit halber Bezeichnung - Ein Autoverzecht

Ein Autounfall, der sich an einem Dezemberabend des Jahres 1930 auf der Straße von Serberg ereignete, beschäftigt jetzt erneut das Gericht. Der Altpfleger R. aus Schlieben fuhr an jenem Abend mit zwei Bekannten in seiner Automobil nach Jorgau. In einer Kurve fuhr er ein Auto entgegen. In der Annahme, es müe einem Motorradfahrer zu tun zu haben, bremste er ab und fuhr mit 30 Kilometer weiter. In letzter Minute mochte er erkennen, daß ihm ein großer Autos entgegenkam, dessen Linter Scheinwerfer nicht brannte. Der Fahrer des Autos wurde im Juni 1931 von Amtsgericht wegen Körperverletzung und Verletzung gegen die Kraftverkehrsverordnung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Auf seine Bezeichnung, daß die Strafbarkeit das Urteil auf und verurteilte ihn nur wegen Nichtnehmens einer Lampe zu 15 M. Geldstrafe. Der Altpfleger, der ebenso wie seine Bekannten bei dem unermesslichen Zusammenstoß verletzt worden war, trat als Angeklagter auf und wurde gegen dieses Urteil verurteilt. In der erneuten Verhandlung vor der Strafkommission wurde der Altpfleger zu 42 M. Geldstrafe oder 14 Tagen Haft wegen fahrlässiger Körperverletzung und Verletzung der Kraftverkehrsverordnung verurteilt.

Kreis Eisenberga

Der soziale Hintergrund im Falle "Hausdurchung"

Schuldig. Wir berichteten bereits davon, daß bei dem Erberrlösen Ed. in der Selbststraße sowie im „Sollhaus“ eine Durchsuchung abgehalten worden ist und daß dabei u. a. eine Schreibmaschine beschlagnahmt worden ist, die angeblich aus dem Büro der Eisenberga Herr. Tschin in Wittenberg stammen soll. Durch die angeführte Hausdurchung hat sich der Zustand in der Frage inforniert gefährt, als es

schließlich um eine der Schweißmaschinen handelt.

Die Zusammenhänge sind der Öffentlichkeit schon bekannt. Das ist die Öffentlichkeit, bisher nicht erfahren hat, daß in der sozialen Hintergrund dieser Tragödie. Zur selben Stunde, als die Landräger den Ed. im Hofe des Hauses in der Selbststraße unterhohft verhaften, hat die Frau, die von den Dingen wohl keine Kenntnis haben konnte, als sie auf ihre Frage „Warum?“ von den Polizeibeamten den Sachverhalt erfährt, o. n. a. m. d. i. e. s. z. u. s. a. m. e. n. Kurze Zeit später nahm die Frau ihre Kinder bei der Hand und verließ die Wohnung. Ein guter Stern war es wohl, daß sich Bekannte des Ed. in dieser Zeit im Hause einfanden und auf die Frage, was eigentlich passiert sei und das Frau Ed. das Haus verlassen hätte, Verdacht schöpften. Es gelang ihnen auch, die Frau auf ihrem Wege, der zu einem tragischen Abschluß in diesem Falle führen konnte, doch zum Umkehren zu überreden. Die Familie Ed. kann ohne Zweifel den Nachweis erbringen, daß ihr Erzhörer alles getan hat, die soziale Hintergründe dieser Tragödie zu klären, und das für den Ed. zu bringen. Zeit Jahren arbeitslos und ständig die Not seiner Kinder vor Augen, denn von der letzten Wohlfahrtsunterstützung alles zu befreiten war unmöglich, muß in Ed. dann der Plan gereift sein. Nicht aus verbrecherischer Veranlassung, nein,

er wurde das Opfer der Wirtschaftskrise.

Diese ist die Schuldige. Es ist zu hoffen, daß der verhaftete Richter soziale Verständnis findet, denn das Glück der Familie würde durch eine weitere Durchsuchung eher vergrößert als gemindert werden. Auch das Ed. sich als kommunifizierender Anhänger betätigt hat, kann daran nichts ändern, daß er ein ruhiger und sachlich denkender Mensch war, der in früherer Zeit alles andere als Kommunist war und erst durch die ständig wachsende Not getrieben dort gelangte ist. Es ist nicht anzunehmen, daß Richter zu prüfen. Aber wir können uns nicht davon verunsichern, denn das Spiel und Judas in dieser Affäre unter ihm hat nicht zu schweigen. „Alle Schuld ruht auf Erden.“ Auch ihm wird sich das Schicksal nähern.

Zahlänge und Arbeitsleistung

Die Feldarbeit im Sommer.

Die sommerliche Feldarbeit dauert in vielen Betrieben die tägliche Arbeitszeit oft um mehrere Stunden. Als man Landarbeiter nach acht-, zehn- und zwölfstündigen Arbeitstagen untersucht, ergab sich, daß die besten Stundenergebnisse an den Tagen zu verzeichnen waren, an denen nicht länger als acht Stunden gearbeitet worden war. Auch bei den Frauen und Mädchen wirtliche sich die achttündige Arbeitszeit am besten aus. Nach einem achtstündigen Arbeitstage wurde immer häufiger und besser gearbeitet, ebenso regten Främlinge, die für besonders gute Leistungen ausgezeichnet waren, die Arbeitslust an. Andererseits machte der Forscher D. Bidgajewski aber auch die Beobachtung, daß durch schwere tägliche Arbeitsleistungen das Körpergewicht des Arbeiters vermindert wird, indem zunächst die jungen weiblichen Arbeiterinnen schon nach achtstündiger schwerer Feldarbeit an Gewicht verloren, während sich nach einem zehntündigen Arbeitstag an sämtlichen der unterliegenden Arbeiter eine Gewichtsabnahme feststellen ließ. Eine mehr als acht Stunden umfassende Tagesarbeit konnte auf die Dauer nur ein Viertel aller Arbeiter durchführen, ohne dadurch körperlich geschädigt zu werden.

Rechtsanwältin: Frau Dr. Hildebrandt, Leipzig, Postfach 1010. Dr. Hildebrandt, Leipzig, Postfach 1010. Dr. Hildebrandt, Leipzig, Postfach 1010.

